

GWP – zum 70. Ein Lagebericht

GWP beginnt ihren 70. Jahrgang. Das ist ein schönes Jubiläum. Da sind Gratulationen fällig, vielleicht ein kleines Fest und eine Festrede.

Ein Jubiläum veranlasst zum Nachdenken. Bei einer Zeitschrift fragt man, wie sie zu dem geworden ist, was sie ist. Man schaut also in den Spiegel des Vergangenen, um die Gegenwart zu verstehen.

Was die Zeitschrift GWP angeht, müssen wir für den Rückblick nicht den Punkt vor 70 Jahren ansteuern. Diese Arbeit hat uns Hans-Hermann Hartwich abgenommen, der 40 (!) Jahre lang einer der Herausgeber war, und der im Jahr 2006 in einem großen Aufsatz¹ die Entwicklung der Zeitschrift über mehr als ein halbes Jahrhundert darstellt.

Der Aufsatz mit dem Titel „Sozialwissenschaften und politische Bildung 1966-2006 im Spiegel der Zeitschrift ‚Gegenwartskunde/Gesellschaft – Wirtschaft – Politik‘“ zeigt Entwicklungspfade – der Bezugswissenschaften (Soziologie, Politik, Volkswirtschaft) der Zeitschrift und der Politischen Bildung als der *Raison d'être* der Zeitschrift. Und er lässt erkennen, wie die Zeitschrift selber diesen Pfaden und den ihr aufgegebenen Rahmenbedingungen gefolgt ist.

Wenn Hartwich nicht das Jahr 1950 sondern das Jahr 1966 zum konkreten Ausgangspunkt seiner Darstellung nimmt, dann liegt das nicht nur daran, dass er selber zu diesem Zeitpunkt in die Herausgeberschaft eingetreten und Zeuge und Gestalter der Entwicklung geworden ist, sondern markiert er damit eine entscheidende Weichenstellung, nämlich die, mit der aus „Gegenwartskunde – Zeitschrift für Wirtschaft und Schule“ jene andere, die von heute geworden ist, deren Programm im Untertitel lautet: „Sozialwissenschaften für politische Bildung“.

1 Zum Aufsatz sowie anderen wichtigen Texten zur Entwicklung siehe S. 4 „Online-Archiv“.

Kurz angerissen seien hier Ereignisse und Fragestellungen, die zum Hintergrund des Hartwich-Aufsatzes gehören:

1962 Die Kultusminister der Bundesrepublik treffen die Saarbrücker Rahmenvereinbarungen, durch die „Gemeinschaftskunde“ als Oberstufenfach eingeführt wird.

1964 erscheint Hartwichs epochales Lehrbuch „Politik im 20. Jahrhundert“

1965 Gründung der Deutschen Vereinigung für politische Bildung unter Beteiligung von Hans-Hermann Hartwich

1968 Das Jahr der Studenten- und Bürgerrechtsbewegungen

1972 Vereinigung der Zeitschriften „Gesellschaft – Staat – Erziehung“ und „Gegenwartskunde“. Von den Herausgebern der Erstgenannten tritt Dr. Friedrich Minssen in die Herausgeberschaft von „Gegenwartskunde“ ein. Ab der Ausgabe 1/1973 übernimmt „Gegenwartskunde“ den Titel von „Gesellschaft – Staat – Erziehung“ als Untertitel.

1974 Der Soziologe Prof. Günter Hartfiel tritt für Friedrich-Wilhelm Dörge in die Herausgeberschaft ein

1974 finden in NRW und in Hessen heftige politische Auseinandersetzungen über die Rahmenrichtlinien zur politischen Bildung statt. In NRW beteiligt sind die späteren „Gegenwartskunde“-Herausgeber Prof. Walter Gagel und Prof. Sibylle Reinhardt.

1975 löst Prof. Wolfgang Hilligen Friedrich Minssen als Herausgeber ab.

1976 entsteht der Beutelsbacher Konsens aus Auseinandersetzungen zwischen den politischen gegensätzlich orientierten Bundesländern über die politische Bildung

1982 Prof. Bernhard Schäfers tritt für den tödlich verunglückten Günter Hartfiel in die Herausgeberschaft ein.

1992 Prof. Tilman Grammes und Dr. Götrik Wewer werden Herausgeber

1998 Prof. Sibylle Reinhardt und Prof. Roland Sturm werden Herausgeberin /Herausgeber

2000 Prof. Stefan Hradil löst Bernhard Schäfers als Herausgeber ab.

Im Jahr 2006 scheidet Prof. Hans-Hermann Hartwich nach 40 Jahren aus der aktiven Herausgeberschaft aus und wird Ehrenherausgeber.

Mit den Herausgebern Edmund Budrich, Stefan Hradil, Sibylle Reinhardt und Roland Sturm beginnt die Phase, die Gegenstand dieses kleinen Berichts ist. Bernhard Schäfers wird noch einmal für Stefan Hradil in die Herausgeberschaft zurückkehren, um dann den Platz an Stefan Liebig und danach Johannes Kopp abzutreten.

Sehen wir, wie sich die Dinge ab diesem Zeitpunkt entwickelt haben: in Politik und Gesellschaft, in der Politischen Bildung und in der Zeitschrift selbst bzw. ihren Rahmenbedingungen:

Sozialwissenschaften und Politische Bildung

Der Sozialwissenschaftler Hartwich hatte in seiner Darstellung einen Schwerpunkt auf das Verhältnis der Bezugswissenschaften zur politischen Bildung gelegt. Sein Text schließt wie folgt: „Die Selbstverständlichkeit, mit der sich in den frühen Jahren die Sozialwissenschaften der politischen Bildung verpflichtet sahen, ist generell zwar nicht

mehr gegeben. Aber die Zeitschrift mahnt die Fachwissenschaften unablässig, ihren Beitrag zu leisten. (...) So wird sie es auch in Zukunft halten.“

Mit diesem Gelöbnis ist der Anschluss zu unserer Berichtsepoche gegeben, und zwar an dem einen Eckpunkt des Dreiecks Wissenschaft – Politische Bildung – GWP. Wie hat sich das Verhältnis der Zeitschrift zu den Fachwissenschaften und umgekehrt entwickelt?

Es hat sich entspannt: Aus der von Hartwich noch angesprochenen Verpflichtung der Wissenschaften, sich um das gemeinsame Kind Politische Bildung (hier vertreten durch die Zeitschrift) zu kümmern, ist ein ganz selbstverständliches Miteinander geworden. GWP erfüllt heute eine Brückenfunktion: Gemäß ihrem Untertitel führt sie der politischen Bildung Erkenntnisse der Wissenschaft zu und eröffnet zugleich dieser einen Zugang zu einem aufmerksamen wichtigen Publikum. Es genügt, das Autor/innenverzeichnis auf der Internetseite von GWP durchzublättern, um festzustellen, welche Akzeptanz die Zeitschrift als Forum wissenschaftlicher Texte genießt.

Veränderte Gestaltungskriterien

Es haben sich allerdings in den Jahren seit 2006 die Arbeitsbedingungen und damit auch das Selbstverständnis der Zeitschrift verändert, was wiederum auf die Anforderungen an die Autor/innen durchgeschlagen hat. So ist es für manche schreibgewohnten akademischen Autor/innen nicht immer ganz einfach, mit den Wünschen der Herausgeber umzugehen. Nehmen wir es als ein Beispiel, dass die Bezeichnung eines Textes als „Handbuchartikel“ heute eine glatte Absage bedeutet. In den Autor/innen-Informationen steht als eine der Anforderungen: „... mit besonderem Gewicht auf Problemorientierung“. Ein Aufsatz, der seinen Gegenstand lediglich beschreibt, und sei es noch so präzise, geht am didaktischen Bedürfnis der politischen Bildung vorbei, die wissen und vermitteln will, was warum geschieht, wer agiert und wie. Dies wird am schnellsten klar, wenn von einem Problem ausgegangen wird.

Hinzu kommt, dass inzwischen das Internet von Handbuch-Artikeln nur so wimmelt, seien sie nun gut oder weniger gut. Und damit ist ein weiterer Veränderungszwang für die Arbeit der Zeitschrift angesprochen, der in den letzten Jahren immer massiver geworden ist: das WWW. Hier warten unüberschaubare Materialmengen auf die Nutzung, auch brandaktuelle. Allerdings eben häufig ohne analytische Durchdringung, was sie für die pädagogische Nutzung wenig hilfreich macht. Die Zeitschrift sieht gerade darin eine ihrer Hauptaufgaben.

Auf das Internet kommen wir noch einmal zurück.

Die Konzeption „Analytische Durchdringung“ stabilisiert sich

Das Überangebot an bloßer Information („Fake News“ mitgedacht) hat den Grundgedanken „Aufdecken, was dahinter steckt!“ zum leitenden Prinzip werden lassen. Von daher die Fokussierung auf Analyse und Problemorientierung und damit die Veränderung und Erweiterung der Rubriken: Aus der „Aktuellen Information“ (und davor: „Zeitspiegel“ bzw. „Berichterstattung“) wurde schon vor 2006 die „Aktuelle Analyse“, auch die „Wirtschaftspolitische Kolumne“ kam damals bereits hinzu. Dann kamen das „Interview“, die „Meinung“ (statt des „Brennpunkts“), das „Besondere Buch“. Und mit dem zunehmenden Gebrauch des Internet die Rubrik „Internet-

Recherchehilfe“. 2012 wurde aus der „Didaktischen Praxis“ die „Politische Didaktik“, was einhergehend mit einer Festigung der Rubrik und zugleich mit einer Frequenzsteigerung auf zwei Beiträge hierzu je Ausgabe (als nicht immer realisierte Absicht).

Wenn die Zeitschrift solche Veränderungen vornimmt, erfolgt dies wenig auffällig. Leserin und Leser, zu deren Vorteil sie ja erfolgen, werden sie von Fall zu Fall wahrnehmen und – hoffentlich! – nützlich finden, ohne darüber ins methodologische Grübeln zu geraten. Für die redaktionelle Arbeit aber ist es keine kleine Aufgabe, die verschiedenen Rubriken einer entstehenden Ausgabe zu bedienen, was ja das Erfordernis je verschiedener Textsorten bedeutet und die Festlegung der Autor/innen darauf.

Wie wird geplant oder: Der Gesellschaft auf den Fersen zu bleiben

Lange hatte die Zeitschrift jene „glückliche“ Epoche verlassen, als die Planung neben generellen Überlegungen stark davon unterstützt wurde, dass aus einem großen Angebot von Manuskripten die geeignetsten auszuwählen waren. Aber die Notwendigkeit, gezielt Themen und Autor/innen frühzeitig anzusprechen, ist im Lauf der Jahre immer fühlbarer geworden. Planung der Hefte mittels Schwerpunkten ist einerseits eine gute Sache. Man hat eine gewisse Zeit, das Thema zu definieren und die Beiträge zu organisieren. Aber eine unmittelbare Reaktion auf das gesellschaftliche Geschehen kann so nicht erfolgen. GWP hat deshalb schon immer auf Themenhefte verzichtet. Dabei kommt es sogar mitunter dazu, dass die „langsame“ Vierteljahreszeitschrift schneller auf wichtige Themen zugreift als die „schnellen“ Medien. (Beispiele) Auf jeden Fall will die Zeitschrift, wo immer möglich, Antworten auf die Fragen entwickeln, die der Lehrerin, dem Lehrer, der Dozentin/dem Dozenten in der Erwachsenenbildung dann gestellt werden, wenn etwas geschieht.

Und neue Themenfelder kommen hinzu. Etwa die Medien, die bislang mehr als Hilfsmittel angesehen werden, verselbständigen sich zum Betrachtungsgegenstand: „Wie verändert das Internet die Demokratie?“, so ein Beitrag aus dem Jahr 2012. Die „Lügenpresse“ wird (Ausgabe 4-17) diskutiert und die Rolle der Social Media im Wahlkampf Obamas. Bei der Suche im Online-Archiv ergibt das Schlagwort „Medien“ mehr als 50 Fundstellen.

Dabei bleibt es nicht. Auf dem Programm stehen die *Digitalisierung*, die „*Künstliche Intelligenz*“. Ein Existenzproblem der Gesellschaft, der ganzen Welt, nimmt zunehmend Raum ein: Das Problem *Umwelt* (26 Fundstellen).

Arbeitsfeld Internet

Das WWW bietet nicht nur unüberschaubare Informationsmengen, sondern es ist auch ein Schaufenster der eigenen Arbeit, das nicht vernachlässigt werden darf. Autor und Autorin verlangen zu Recht, dass seine/ihre Texte im Netz stehen, denn praktisch Jede und Jeder recherchiert dort.

So ist es eine Selbstverständlichkeit, dass GWP auch im Netz erscheint. Das Online-Archiv enthält mehrere tausend Texte aus der Zeitschrift vom Jahrgang 2000 an, alle im Volltext und in mühsamer Arbeit nachträglich verschlagwortet, also über die Schlagwortsuche recherchierbar.

Texte, die mit dem aktuellen Geschehen besonders eng verbunden sind, können unabhängig vom Erscheinungstermin der je nächsten Ausgabe direkt auf die website

gebracht werden. Stichwort „*online first*“. Hier fällt dann – nicht sichtbar für Autorin und Autor – Verwaltungsarbeit an. Ebenso wie für die Beteiligung an internationalen Rechercheverfahren wie *Crossref* (jeder Beitrag im Heft erhält seinen DOI = Digital object identifier, der in die Browser-Suchleiste eingegeben zur Fundstelle führt). Das Zusammenspiel Redaktion-webmaster ist nicht mehr wegzudenken.

Herausgeber/in bestimmen nicht nur die Richtlinien der Gestaltung

Zu den zunächst nicht so auffälligen, schließlich aber sehr erheblichen Veränderungen der letzten Jahre gehören diejenigen, die Rolle und Funktion der Herausgeber betreffen. Alles wird intensiver: Themen- und Autorensuche; Begutachtung jedes einzelnen Manuskripts durch jeden Herausgeber einschließlich der erforderlichen Klärungsgespräche mit den Autor/innen; vier praktisch zweitägige Sitzungen im Jahr sind Anforderungen, die mit den hauptberuflichen Funktionen eines Hochschullehrers, einer Hochschullehrerin nur schwer zu vereinbaren sind. Wobei diese Personen nicht nur in Ruhe ihren Lehrstuhl betreuen sondern als gefragte Fachleute vielfach national und international unterwegs sind.

Die große Linie: die politische Bildung

Diese befindet sich zur Zeit in einem merkwürdigen Zustand: Landeszentralen und die Bundeszentrale für politische Bildung arbeiten, soweit man sehen kann, mit voller Unterstützung ihrer Länder bzw. des Bundes. Die Deutsche Vereinigung für politische Bildung verfügt über sehr aktive Landesverbände. Dagegen betreiben verschiedene Bundesländer eine Schulpolitik, als wollten sie aus den Schülerinnen und Schülern hauptsächlich brave Konsumenten machen, die keinen Sinn für politische Zusammenhänge und gesellschaftliche Probleme entwickeln. Während dieser Text geschrieben wird, kämpft gerade der Landesverband Nordrhein-Westfalen mit dem FDP-geführten Schulministerium wegen der Ersetzung der *Sozialwissenschaften* als Unterrichtsfach durch *Wirtschaft/Politik*. Hierzu heißt es im Kölner Stadtanzeiger (27.1.21): „... Es zählt die Wirtschaft, der dann die Politik folgt, sich an ihr auszurichten hat. Und die Gesellschaft bleibt ganz außen vor...Wie man trotz erstarkender rechtsextremer und demokratiefeindlicher Kräfte bei der politischen Bildung den Rotstift ansetzen kann, bleibt ein Rätsel“.

Seit Jahrzehnten bemüht sich die Wirtschaft mit ihren Verbänden und mit Hilfe geneigter Medien um möglichst großen Einfluss auf die Schule. Und seit Jahrzehnten steht GWP für einen sozialwissenschaftlichen Unterricht, dem es nicht um Konsumenten sondern um politisch denkende Bürger geht.

Schon in den ersten Ausgaben des Jahrgangs 2000 finden sich grundlegende Texte zu dem Konflikt um ein Schulfach „Wirtschaft“. Zahlreiche Beiträge sind diesen gefolgt.

Der Rückblick auf die vergangenen Jahre seit 2006 hat keine spektakulären Wendepunkte gezeigt. Die gesellschaftlichen Großereignisse ebenso wie die neuen „Treiber“, seien es die Medien, die Digitalisierung, die Umweltpolitik, die Pandemie haben sich im laufenden Programm niedergeschlagen. Darüber muss man gar nicht reden. Veränderte Rahmenbedingungen haben sowohl die Arbeit von Herausgebern und Reak-

tion beeinflusst wie als Folge dessen die Zusammenarbeit mit den Autorinnen und Autoren. Also eigentlich „nichts Neues!“

Aber immerhin: Mit jährlich rund 500 Seiten Text in didaktisch überlegten Rubriken/Textsorten, mit sorgfältiger Analyse des gesellschaftlichen Geschehens und mit jahrzehntelanger Konstanz im Kern und Beweglichkeit im Tun: „*Sozialwissenschaften für politische Bildung*“.